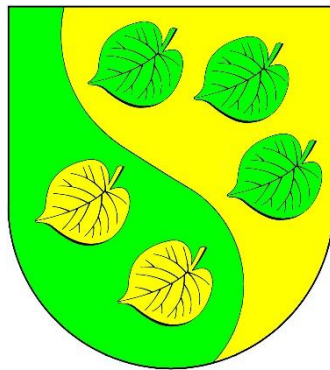


Bekanntmachung Nr. 31/2022
des Amtes Itzehoe-Land für die Gemeinde Schlotfeld

I.

Gemeinde Schlotfeld



**Satzung über die Erhebung
von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung
der Gemeinde Schlotfeld
(Gebührensatzung)**

Aufgrund des § 4 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und der §§ 1, 2, 6 Abs. 1 bis 7, 8, 9 und 9a des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein, des Art. II des Gesetzes zur Regelung abgabenrechtlicher Vorschriften vom 24.11.1998, der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes und des § 44 Abs. 1 Satz 6 Landeswassergesetzes wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 16.06.2022 folgende Satzung erlassen:

Inhaltsübersicht

Seite

I. Abschnitt

§ 1 Allgemeines 4

II. Abschnitt Abwassergebühr

§ 2 Grundsatz 4

§ 3 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung 4

§ 4 Gebührensatz 6

§ 5 Gebührenpflichtige 7

§ 6 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht 7

§ 7 Erhebungszeitraum 7

§ 8 Veranlagung und Fälligkeit 8

III. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 9 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht 8

§ 10 Datenerhebung und -verarbeitung 9

§ 11 Ordnungswidrigkeiten 10

§ 12 Inkrafttreten 10

I. Abschnitt

§ 1 Allgemeines

(1) Die Gemeinde Schlotfeld betreibt nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 11.06.1996 in der jeweils aktuellen Fassung:

a) eine selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung, aufgeteilt in die Bereiche des Ortskerns und dem Ortsteil Klein Oesau,

b) eine selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung in der Straße Mühlenweg.

(2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen (Abwassergebühren).

II. Abschnitt Abwassergebühr

§ 2 Grundsatz

Für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen und für die nach § 9 Abwasserabgabengesetz zu entrichtende Abwasserabgabe werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an diese öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.

§ 3 Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserbeseitigung

A: Selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung, in den Bereichen des Ortskerns und Klein Oesau

(1) Die Abwassergebühr für die Schmutzwasserbeseitigung wird in einer Grund- und Zusatzgebühr erhoben.

(2) Art und Höhe der Grundgebühr bestimmt sich nach § 4 Abs. A

(3) Die Zusatzgebühr wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Abwasser.

B:
**Selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen
Schmutzwasserbeseitigung, in der Straße Mühlenweg**

- (1) Die Abwassergebühr für die Schmutzwasserbeseitigung wird in Form einer Grund- und Zusatzgebühr bemessen.
- (2) Die Grundgebühr wird nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bemessen, die am 01. eines jeden Monats auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz meldepflichtig sind. Für Gewerbebetriebe ist ebenfalls eine Grundgebühr nach den im Betrieb tätigen Personen zu entrichten. Als Stichtag für die Festsetzung der im Betrieb tätigen Personen gilt der 01. eines jeden Monats.
- (3) Die Zusatzgebühr wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Abwasser.

C:
Gemeinsame Regelungen

- (1) Als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt gelten
 - a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
 - c) die tatsächlich eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.
- (2) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Abwassermenge von der Gemeinde unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.
- (3) Die Wassermenge nach Abs. 1 Buchstabe b) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde für den abgelaufenen Bemessungszeitraum von einem Kalenderjahr innerhalb der folgenden zwei Monate anzuzeigen. Sie sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die der Gebührenpflichtige auf seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Gemeinde auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (4) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag ist nach Ablauf des Kalenderjahres innerhalb von zwei Monaten bei der Gemeinde einzureichen. Für den Nachweis gilt Abs. 3 Sätze 2 bis 4 sinngemäß. Die Gemeinde kann nach Anhörung des Antragstellers auf dessen Kosten Gutachten anfordern. Zuviel erhobene Gebühren sind zu verrechnen oder zu erstatten.

§ 4 Gebührensatz

A: Selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung, in den Bereichen des Ortskerns und Klein Oesau

(1) Die jährliche Grundgebühr beträgt

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| a) für einen Ein- und Zweipersonenhaushalt | 288,00 € |
| b) für einen Haushalt mit drei und mehr Personen | 468,00 € |
| c) für Grundstücke mit Wohnnutzung (siehe Buchstaben a) und b)) und sonstiger Nutzung zusätzlich | 180,00 € |
| d) für Grundstücke mit sonstiger Nutzung ohne Wohnnutzung | 648,00 € |

(2) Maßgeblich für die Bemessung der Grundgebühr für die Haushalte ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die am 01. eines jeden Monats auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz meldepflichtig sind.

(3) Eine sonstige Nutzung liegt vor, wenn das Grundstück durch Beherbergungsstätten einschließlich Hotels, Vermietung von Ferienwohnungen und -zimmern, Gaststätten- und Restaurationsbetriebe, Versammlungsstätten (insbes. Bürgerhaus), Arbeitsstätten (Fabrik, Werkstatt, Büro, Geschäft, Praxis usw. ohne Wohnungen auf dem gleichen Grundstück) und als Feuerwehrgerätehaus genutzt wird. Maßgeblich ist die tatsächliche sonstige Nutzung am 01. eines jeden Monats.

(4) Die Zusatzgebühr beträgt bei der Schmutzwasserbeseitigung 3,16 € je cbm Schmutzwasser.

B: Selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung, in der Straße Mühlenweg

(1) Die Grundgebühr beträgt je Einwohnerin und Einwohner 75,00 € jährlich. Für Gewerbebetriebe beträgt die Grundgebühr je angefangene 4 im Betrieb tätige Personen 75,00 € jährlich.

(2) Die Zusatzgebühr beträgt bei der Schmutzwasserbeseitigung 2,77 € je cbm Schmutzwasser.

§ 5 Gebührenpflichtige

(1) Gebührenpflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks, bei Wohnungs- oder Teileigentum der Wohnungs- oder Teileigentümer. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.

(2) Beim Wechsel des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendermonats auf den neuen Pflichtigen über. Wenn der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel (§ 9) versäumt, so haftet er für die Gebühren, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben dem neuen Pflichtigen.

§ 6 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht entsteht, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und/oder der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird. Sie erlischt, sobald der Grundstücksanschluss beseitigt wird oder die Zuführung von Abwasser endet.

§ 7 Erhebungszeitraum

(1) Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) Soweit die Gebühr nach den durch Wasserzähler ermittelten Wassermengen erhoben wird (§ 3 Abs. C Unterabsatz 1 Buchstabe a), gilt als Berechnungsgrundlage für den Erhebungszeitraum der Wasserverbrauch der Ableseperiode, die jeweils dem 31.12. des Kalenderjahres vorausgeht.

§ 8
Veranlagung und Fälligkeit

(1) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festzusetzende Gebühr sind vierteljährlich Abschlagszahlungen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. des laufenden Jahres zu leisten. Die Höhe der Abschlagszahlungen wird durch Bescheid nach den Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt.

(2) Entsteht die Gebührenpflicht erstmalig im Laufe eines Kalenderjahres, so wird der Abschlagszahlung beim Schmutzwasser diejenige Abwassermenge zugrunde gelegt, die dem tatsächlichen Wasserverbrauch des ersten Monats entspricht. Diesen Verbrauch des ersten Monats hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde auf deren Aufforderung unverzüglich mitzuteilen. Kommt der Gebührenpflichtige der Aufforderung nicht nach, so wird der Verbrauch mit einem Pauschalbetrag von 4 m³ pro Person und Monat angerechnet.

(3) Die Abwassergebühr wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Das gleiche gilt für die Erhebung der Abschlagszahlungen. Die Gebühr und die Abschlagszahlung können zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

III. Abschnitt
Schlussbestimmungen

§ 9
Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

Die Abgabepflichtigen haben der Gemeinde jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z.B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen nur geschaffen, geändert oder beseitigt werden. Beauftragte der Gemeinde dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzustellen oder zu überprüfen, die Abgabepflichtigen haben dies zu ermöglichen.

§ 10 Datenerhebung und -verarbeitung

(1) Zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Erhebung folgender Daten gemäß § 13 in Verbindung mit § 11 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG)

a) aus Datenbeständen, die der Gemeinde aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB bekannt geworden sind,

b) aus dem beim Katasteramt geführten Liegenschaftskataster,

c) aus den beim Grundbuchamt geführten Grundbüchern,

d) aus den geführten Personenkonten sowie Meldedaten,

e) sowie aus den bei der Bauaufsichtsbehörde geführten Bauakten zulässig:

- Grundstückseigentümer, künftige Grundstückseigentümer, sonst dinglich Berechtigte;

- Grundbuchbezeichnung, Eigentumsverhältnisse, Anschriften von derzeitigen und künftigen Grundstückseigentümern und sonst dinglich Berechtigten;

- Daten zur Ermittlung der Bemessungsgrundlagen der einzelnen Grundstücke.

(2) Die Daten dürfen nur zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterverarbeitet werden.

(3) Soweit die Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung selbst betreibt, ist sie berechtigt, die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angefallenen und anfallenden personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten für Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

(4) Soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch einen Dritten erfolgt, ist die Gemeinde berechtigt, sich die zur Feststellung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und Grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten von diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiterzuverarbeiten.

(5) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von nach den Absätzen 1 bis 3 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

§ 11
Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen Pflichten nach § 3 Abs. C Unterabsatz 3 und § 9 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes.

§ 12
Inkrafttreten

Diese Abgabensatzung tritt rückwirkend zum 01. Januar 2022 in Kraft. Gleichzeitig treten die entsprechenden Vorschriften der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Schlotfeld (Gebührensatzung) vom 20.06.2002 in der Fassung des Nachtrages 11 vom 02.11.2017 außer Kraft.

Schlotfeld, den 20.06.2022

gez. Lothar von Borstel
Bürgermeister

II.

Die vorstehende Satzung über die Erhebung von Abgaben für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Schlotfeld wird hiermit öffentlich bekannt gegeben. Die Satzung liegt für jedermann zur Einsichtnahme beim Amt Itzehoe-Land, Margarete-Steiff-Weg 3, Zimmer 308, 25524 Itzehoe, aus.

Itzehoe, den 28.06.2022

Amt Itzehoe-Land
Die Amtsvorsteherin
gez. Lüscho